

Bernd Lucke

Angesichts der politischen Entwicklung der AfD fragen mich Journalisten oft, welche Maßnahmen ich in meiner Zeit als AfD-Sprecher (2013-2015) ergriffen habe, um rechtsradikale, fremdenfeindliche oder islamophobe Einflüsse auf die AfD zu unterbinden. Die Antwort auf diese Frage fällt dann stets erheblich länger und vielfältiger aus als von den Fragestellern erwartet und vielleicht auch gewünscht. Niederschlag in der Berichterstattung finden diese Antworten kaum.

Im folgenden möchte ich deshalb für jeden Interessierten chronologisch dokumentieren, wie ich auf die mir bekannt gewordenen Fälle anstößiger Mitglieder reagiert habe, welche Initiativen ich unternommen habe, um die Aufnahme problematischer Mitglieder zu verhindern und wie ich die AfD inhaltlich als eine bürgerlich-konstruktive politische Kraft in klarer Abgrenzung von Populismus oder gar Extremismus positioniert habe.

Ziel dieser Dokumentation ist es auch, die Debatte über die Entwicklung der frühen AfD zu versachlichen und eine Art „Belegpflicht“ einzufordern. Denn immer wieder kommt es vor, dass Beteiligte oder Beobachter der damaligen Geschehnisse mit Behauptungen aufwarten, die unbelegt oder faktisch falsch sind. Dies kann zu einer Mythenbildung führen (z. B. „Lucke hat nichts getan gegen den Rechtsdrift“), die weit von der historischen Wahrheit entfernt ist. Ich werde deshalb im Folgenden ausschließlich Maßnahmen dokumentieren, die schriftlich belegt werden können und die Dokumente, die als Belege dienen, gemeinsam mit der Dokumentation veröffentlichen. Ich hoffe, dass sich Andere diesem Beispiel anschließen und dies zum allgemeinen Standard wird.

Dokumentation:

Maßnahmen und Initiativen des Bundessprechers der AfD, Prof. Dr. Bernd Lucke, gegen rechtsradikale, fremdenfeindliche oder islamophobe Einflüsse auf die AfD.

6.2.2013

Gründung der AfD (zunächst unter dem Namen „Alternative für Deutschland und Europa“) in Oberursel. Gründungsmitglieder waren Mitglieder des Sprecherrates und Landesbeauftragte der „Wahlalternative 2013“. Es wurde ein Gründungsvorstand mit drei Sprechern (Bernd Lucke, Konrad Adam und Dagmar Metzger) sowie drei stellvertretenden Sprechern (Alexander Gauland, Frauke Petry und Wolf-Joachim Schünemann) gewählt. Ferner wurde ein erstes Parteiprogramm, die Satzung und diverse Nebenordnungen beschlossen. Die Satzung enthielt in der Präambel das Bekenntnis zum Grundgesetz und zur friedlichen Einigung Europas:

Dabei bejahen wir uneingeschränkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die im Grundgesetz und in den Römischen Verträgen angelegte friedliche Einigung Europas.

Zugehörige Dokumente:

[2013_04_29_Bundessatzung_Parteitagsbeschluss.pdf](#)

25.2.2013

Durch eine Mail des Bundesvorstandsmitglieds Markus Keller wurde ich auf etliche politisch inakzeptable Facebook-Postings eines Daniel Buhl hingewiesen, der in Schleswig-Holstein für die Wahlalternative 2013 als Landesbeauftragter tätig war. Zumindest eines dieser Postings war eindeutig rechtsextrem („Europa braucht keine Bedenkenträger sondern Bannerträger“ vor einem historischen Photo mit nationalsozialistischen Standarten). Noch am selben Tag habe ich Herrn Buhl per email jede weitere Tätigkeit für die WA2013 untersagt, ebenso die Nutzung des Logos der WA2013 auf seiner privaten Facebookseite. Ferner habe ich die Facebook-Administratorin Eva Kahlmann angewiesen, Herrn Buhl als Nutzer zu sperren. (In der WA2013 gab es keinen Mitgliedsstatus, der hätte entzogen werden können.) Im Übrigen habe ich mich namens der WA2013 entschieden von diesen Postings distanziert:

„Die WA wird sich in keiner Weise in die Nähe des Rechtsextremismus rücken lassen. Für die WA ist es auch völlig inakzeptabel, den Bundespräsidenten zu schmähen oder seine Äußerungen in einen Zusammenhang mit nationalsozialistischen Umtrieben zu stellen. Ich weise darüber hinaus schärfstens jeden Vergleich zwischen rechtsstaatlichen und demokratisch legitimierten Institutionen wie der GEZ und der Gestapo zurück. Derartige Postings sind Zeichen eines eklatanten Mangels an politischer Urteilsfähigkeit, die Sie für weitere Arbeit in der WA disqualifizieren.“

Am 15.3.2013 informierte mich Elke Fein (eine der Landesbeauftragten der WA2013 in Baden-Württemberg), dass Buhl trotz seiner Enthebung weiterhin Facebook-Gruppen der WA2013 organisierte. Ich habe deshalb bei der Bundesvorstandssitzung am 21.3.2013 einen formalen Beschluss zu einer vollständigen Trennung von Herrn Buhl erwirkt (meine Email vom 25.2.2013 war ad hoc und ohne Rücksprache mit dem Bundesvorstand der AfD oder dem Sprecherrat der WA2013 verfasst worden). Der Beschluss wurde von den Facebook-Administratoren umgesetzt.

Die Frage, warum meine Email vom 25.2.2013 nicht befolgt wurde, klärte sich später wie folgt: Herr Buhl war von Michael Heendorf in seiner Eigenschaft als Mitglied des Sprecherrates der WA2013 zum Landesbeauftragten und Facebook-Verantwortlichen ernannt worden. Heendorf hatte die heimliche Weiterarbeit von Buhl bei Facebook zumindest gedeckt. Heendorf, der auch Bundesvorstandsmitglied war, wurde nach Klärung des Sachverhalts die Zuständigkeit für die Mitgliederaufnahme entzogen. Dies führte zu einem schweren Zerwürfnis nicht nur zwischen Heendorf und mir, sondern auch zwischen Heendorf und Frauke Petry, die Heendorfs Aufgabengebiet bei der Mitgliederaufnahme übernahm und zudem die Trennung von Buhl überwachte (weil sie für Öffentlichkeitsarbeit und damit auch für Facebook zuständig war.) Heendorf stellte seine Mitarbeit im Bundesvorstand de facto ein. Auf dem Gründungsparteitag am 13.4.2013 scheiterte er mit seiner Kandidatur für den Bundesvorstand.

Zugehörige Dokumente:

[Buhl Rauswurf und Entfernen aller Postings 25.2.2013.pdf](#)

[Buhl Protokoll Vorstandssitzung 21.3.2013.pdf](#)

[Buhl Instruktion an Facebook-Team 22.3.2013.pdf](#)

14.3.2013

Von Stefan Milkereit (Beisitzer im Bundesvorstand) tauchte ein rassistischer Tweet auf:

"Multi-Kulti-Gen führt zu Mutationen und damit zu Krankheiten, die vorher bei Reinrassigkeit nicht vorhanden waren. Wissenschaftlich erwiesen."

Parteiausschlussverfahren waren zum damaligen Zeitpunkt faktisch noch nicht möglich, da die in der Satzung dafür vorgesehenen Parteischiedsgerichte noch nicht existierten. Ich drängte deshalb Herrn Milkereit in einem Telefonat zum Rücktritt von allen Funktionen (Bundesvorstand und Landesbeauftragter der WA2013). Herr Milkereit kam dieser Aufforderung umgehend nach.

Zugehörige Dokumente:

[Milkereit 14.3.2013 Rücktritt und Anerkennung von Luckes Einsatzes durch Adam.pdf](#)

[Milkereit 15.3.2013 Rücktritt nur auf Bitten von Lucke.pdf](#)

19.3.2013

Auf meinen Antrag hin beschloss der Bundesvorstand im Umlaufverfahren:

- 1. Der Vorstand der Alternative für Deutschland lehnt Anträge auf Mitgliedschaft grundsätzlich ab, wenn der Antragsteller zuvor entweder der NPD oder der DVU oder den Republikanern angehört hat.*
- 2. Der Vorstand der Alternative für Deutschland lehnt Anträge auf Mitgliedschaft grundsätzlich ab, wenn der Antragsteller sich ausländerfeindlich, antisemitisch oder islamfeindlich äußert oder geäußert hat.*

Von einzelnen Bundesvorstandsmitgliedern wurden weitere Parteien für Nr. 1 des Beschlusses ins Gespräch gebracht (Schünemann: pro-Parteien, Metzger: Die Freiheit). Deshalb nahm der Bundesvorstand in seiner ersten Präsenzsitzung in Leipzig am 21.3.2013 das Thema erneut auf die Tagesordnung. Da ich die Sitzung aufgrund einer Zugverspätung nicht rechtzeitig erreichte, leitete Frauke Petry die Sitzung bis zu meinem Eintreffen und es kam zu einem Beschluss, der leider sogar etwas schwächer war als der vorhergehende Umlaufbeschluss und wie folgt protokolliert wurde:

- Ehemalige Mitglieder der DVU, NPD-Mitglieder werden nicht aufgenommen*
- Diskussion über andere Parteien der 'Pro' – Bewegung*
- Alle anderen Anträge werden im Einzelfall geprüft.*

Zugehörige Dokumente:

[Beschlussvorschlag Parteiaufnahmen 18.3.2013.pdf](#)

[Mitgliederaufnahmebeschluss Protokoll Vorstandssitzung 21.3.2013.pdf](#)

4.4.2013

Mich erreichten zwei Hinweise, dass auf Facebookseiten der AfD-Jugend (die es in einem formalen Sinne noch gar nicht gab), Links auf eine rechtspopulistische und teilweise islamfeindliche Webseite namens blu-news.org gesetzt wurden. Administrator dieser AfD-Jugendseite war ein Fünfzehnjähriger namens Dominik, der offenbar zu wenig Aufmerksamkeit von dem für ihn eigentlich zuständigen erwachsenen Facebook-Admin erhielt. In einem Telefonat, das ich mit ihm führte, war der junge Mann völlig einsichtig und sagte zu, blu-news oder ähnliche Inhalte künftig nicht mehr zu verlinken. Darüber hinaus habe ich Wert darauf gelegt, dass die Jugendseite als eine solche kenntlich gemacht wird und ein Hinweis darauf erscheint, dass die Inhalte der Jugendseite keine offiziellen Stellungnahmen der AfD darstellen. Außerdem habe ich das Facebook-Team instruiert, mehr auf die Jugendseite zu achten und auch auf der offiziellen AfD-Seite größte Sorgfalt bei User-Kommentaren walten zu lassen, um „rechten Spinnern“ keinen Raum zu geben.

Zugehörige Dokumente:

[blu-news nicht verlinken 4.4.2013.pdf](#)

[blu-news nicht verlinken keine AfD Seite 4.4.2013.pdf](#)

[blu-news Instruktion an Facebook-Team 22.3.2013.pdf](#)

9.4.2013

In meinem ersten Mitgliederrundschreiben schrieb ich an alle Mitglieder der AfD:

*„Abgrenzung gegenüber Extremismus und Ausländerfeindlichkeit
Eine Parteineugründung zieht viele Menschen an, die mit den traditionellen Parteien unzufrieden sind. Nicht alle davon sind uns willkommen. Gegenüber dem politischen Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit kennen wir keine Toleranz. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, dass Mitgliedsanträge von Interessenten, die vormals Mitglied der NPD oder der DVU waren, grundsätzlich abgelehnt werden. Wenn Vormitgliedschaften in anderen als problematisch eingeschätzten Parteien bestanden (dazu zählen wir z. B. die Republikaner, die Freiheit und die pro-Bewegungen, aber auch linksextreme Parteien), wird die Mitgliedschaft nur verliehen, wenn der Antragsteller in Einzelgesprächen glaubhaft machen kann, dass er sich nie extremistisch oder ausländerfeindlich betätigt hat und derartiges Gedankengut nicht teilt.“*

Zugehörige Dokumente:

[1. Mitgliederrundschreiben Extremismusabgrenzung 9.4.2013.pdf](#)

13.4.2013

Auf dem ersten Parteitag nach Gründung der Partei (sog. Gründungsparteitag) befand sich unter den rd. 1300 Besuchern ein Mitglied, das während meiner Rede plötzlich eine große Deutschlandfahne zu

schwenken begann. Es kam zu einem Gerangel, weil umstehende Parteimitglieder den Eindruck einer nationalistischen Partei vermeiden wollten und dem Mitglied die Flagge entrissen. Das Bild des (zunächst unbekanntes) Fahenschwenkers ging durch die meisten Medien und prägte nachhaltig (und negativ) die Berichterstattung über den Parteitag.

Am 19.4.2013 berichtete die Bild-Zeitung, dass es sich bei dem auffälligen Mitglied um einen Russlanddeutschen namens Viktor Kaspar gehandelt habe, der zuvor der Schill-Partei angehört habe und um das Jahr 2009 herum auch Kontakte ins rechtsextreme Milieu gehabt habe. U. a. sei Kaspar bei NPD-Veranstaltungen anwesend gewesen. Weitere Recherchen aus der Partei bestätigten dies.

Ich habe umgehend (nämlich am 20.4.2013) im Bundesvorstand die Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens gegen Viktor Kaspers und den sofortigen Entzug seiner Mitgliedsrechte beantragt. Dem Antrag wurde entsprochen und das Parteiausschlussverfahren wurde vom zuständigen Landesverband Niedersachsen erfolgreich durchgeführt.

Zugehörige Dokumente:

[Kasper Antrag auf Parteiausschluss 20.4.2013.pdf](#)

18.4.2013

Auf der ersten Sitzung des neugewählten Bundesvorstands wurde auf meinen Antrag hin einstimmig der folgende Beschluss gefasst:

„Die Mitgliedschaft in der AfD ist unvereinbar mit ausländerfeindlichen, rassistischen, antisemitischen, islamfeindlichen, rechtsextremen und linksextremen Gesinnungen. Derartige Äußerungen stellen eine schwere Parteischädigung dar und führen zur Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens.“

Zugehörige Dokumente:

[Abgrenzungsbeschlüsse Buvo April 2013.pdf](#)

28.4.2013

Das Facebook-Team empörte sich gegen den am 18.4.2013 gefassten Extremismusbeschluss des Bundesvorstands. Es sah darin Gesinnungsschnüffelei und verlangte ultimativ die Abänderung des Beschlusses derart, dass nur extremistische Straftaten oder die Mitgliedschaft in extremistischen Parteien zu einem Parteiausschlussverfahren geführt hätten. Es wandte sich überdies gegen die Sanktionierung islamfeindlicher Gesinnungen, weil „Religionskritik“ ein Menschenrecht sei. Auch „rassistisch“ sei lediglich ein linker Kampfbegriff.

Das Facebook-Team forderte, den Beschluss wie folgt zu umzuformulieren:

„Die Mitgliedschaft in der AfD ist unvereinbar mit extremistischen Handlungen, namentlich Mitgliedschaft in entsprechend ausgerichteten Parteien oder solcher Ausrichtung zuzuordnender Straftaten. Derartige Tätigkeiten stellen eine schwere Parteischädigung dar und führen zur Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens.“

Das Facebookteam verlangte eine Entscheidung des Bundesvorstands binnen dreier Tage und legte mit sofortiger Wirkung die Arbeit nieder.

In einem Telefonat mit der Leiterin des Facebook-Teams, Eva Kahlmann, gelang es mir, diese von der Richtigkeit des Buvo-Beschlusses zu überzeugen. Frau Kahlmann teilte sich allerdings die Manager-Rechte bei Facebook mit einem anderen Mitarbeiter des Facebook-Teams, Torsten Kloth. Während Frau Kahlmann nach unserem Gespräch dem Buvo ihrer Loyalität zusagte, verweigerte Torsten Kloth dies ausdrücklich. Ich wies daraufhin Frau Kahlmann an, Herrn Kloth die Manager-Rechte zu entziehen – was sie auch tat. Zudem lehnte ich die Rücknahme des Extremismus-Beschlusses ab, was zur Demission des gesamten Facebook-Teams führte (mit Ausnahme Frau Kahlmanns). Der Buvo erlangte so die Möglichkeit, ein neues Facebook-Team aufzubauen.

Zugehörige Dokumente:

[Kloth und Facebook Putsch gegen Buvo-Beschluss 28.4.2013.pdf](#)

[Facebookputsch Mail von Casale 29.4.2013.pdf](#)

[Kloth Absetzung bei Facebook 2.6.2013.pdf](#)

28.4.2013

Im Berliner Landesverband versuchten die rechtskonservative Beatrix von Storch (noch kein AfD-Mitglied) und der nationalliberale ex-FDP'ler Axel Hahn Einfluss zu gewinnen und sich die Spitzenplätze auf der Landesliste zu sichern. Frau von Storch bot mir einen Deal an: Ihre Zivile Koalition würde die AfD unterstützen, sofern ich sie für Platz 1 der Landesliste unterstützen würde. Ich habe dies abgelehnt und den Berliner Parteifreunden anheimgestellt, den Vorfall öffentlich zu machen, sollte Frau von Storch (die aufgrund ihrer Arbeit in der Zivilen Koalition viele Anhänger hatte) anders nicht zu bremsen sein. (Es kam aber nicht dazu.)

Zugehörige Dokumente:

[Beatrix von Storch Axel Hahn 28.4.2013.pdf](#)

28.4.2013

Aus dem Landesverband NRW gingen fast zeitgleich mehrere Hinweise ein (u. a. auch durch den Landessprecher Alexander Dilger), nach denen das Landesvorstandsmitglied Martin Renner eine große Gruppe der Freien Wähler Düsseldorf in die AfD aufnehmen lassen wolle. Neben dem Vorwurf, dass Renner sich damit für seine persönlichen Ambitionen innerparteiliche Mehrheiten sichern wolle, war vor allem alarmierend, dass den Freien Wählern Düsseldorf „Rechtslastigkeit“ nachgesagt wurde. Renner stand insbesondere in der Kritik, weil er Kontakte zu dem Fraktionsgeschäftsführer der Freien Wähler Düsseldorf, einem Torsten Lemmer, pflegte, der eine rechtsextreme Vergangenheit hatte und 2009 wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt worden war. Mehrfach wurde deshalb ein Parteiausschlussverfahren gegen Herrn Renner gefordert.

Ich habe diese Situation mehrfach mit dem NRW-Landesvorsitzenden Alexander Dilger besprochen, der über die Vorgänge ebenfalls sehr besorgt war. Das Problem zerfiel im Prinzip in zwei Teile:

Einerseits in die Frage, wie unerwünschte Mitglieder aus den Reihen der Freien Wähler Düsseldorf verhindert werden könnten und andererseits in die Frage, ob Parteiordnungsmaßnahmen gegen Martin Renner gerechtfertigt waren.

Zum ersten Problem hatte Herr Dilger die Erwartung, dass der Bundesvorstand die Mitgliedsanträge ablehnen könne. Dies entsprach aber nicht den satzungsrechtlichen Gegebenheiten. Der Bundesvorstand konnte weder Mitglieder aufnehmen, noch hatte er ein Widerspruchsrecht bei Mitgliedsaufnahmen. Vielmehr enthielt die Landessatzung NRW die ausdrückliche Bestimmung, dass Mitgliedsaufnahmen vom Landesvorstand zu beschließen seien. (Bei der Revision der AfD-Satzung, die im Januar 2015 abgeschlossen wurde, habe ich dann Wert darauf gelegt, dass der Bundesvorstand ein Widerspruchsrecht bei Mitgliedsaufnahmen erhält.) Der Landesvorstand hat von dieser Regelung dann auch Gebrauch gemacht und eine größere Anzahl von Mitgliedsanträgen aus den Reihen der Freien Wähler Düsseldorf abgelehnt.

Zugehörige Dokumente:

[2013_04_29 Bundessatzung Parteitagsbeschluss.pdf, §4\(1\).](#)

[afd-satzung-nrw-2013-05-051.pdf, §3 \(2\).](#)

[2013-07-04 Nordrhein-Westfalen AfD fürchtet Unterwanderung durch Neonazis - WELT.pdf](#)

Zum zweiten Problem (Parteiordnungsmaßnahmen gegen Martin Renner) existierte keine hinreichende Evidenz für parteischädigendes Verhalten. Eine generelle Rechtslastigkeit der Freien Wähler Düsseldorf konnte nicht belegt werden. Eine klar rechtsextreme Vergangenheit wies nur Herr Lemmer auf, mit dem Renner sich mehrfach getroffen hatte. Ich habe Renner umgehend zu diesen Vorgängen befragt (zunächst per email und dann noch einmal telefonisch). Er leugnete seine Kontakte zu Lemmer und den Freien Wählern Düsseldorf nicht, argumentierte aber, dass Lemmer ein prominenter Aussteiger aus dem Rechtsextremismus sei, der nach seinem Ausstieg u. a. mit Schlingensiefel und der Bundeszentrale für politische Bildung Projekte gegen den Rechtsextremismus betrieben und Bücher gemeinsam mit Gerhard Zwerenz, Antje Vollmer und Frank-Walter Steinmeier verfasst habe. Lemmer habe auch gar nicht vor, sich der AfD anzuschließen – was Renner durch eine Aussage Lemmers in der Bild-Zeitung belegen konnte. Er (Renner) habe vielmehr ausschließlich Mitgliedsanträge von unbescholtenen Mitgliedern der Freien Wähler Düsseldorf eingeworben, deren Fraktionsgeschäftsführer Lemmer nun einmal sei. Diese Sachlage rechtfertigte in meinen Augen keine Parteiordnungsmaßnahme. Auch der Landesvorstand NRW, der unschwer selbst ein Parteiordnungsverfahren hätte einleiten können, unternahm keine derartigen Anstrengungen. Es fehlte schlicht die smoking gun.

Dessenungeachtet bot Renners politische Ausrichtung (nationalkonservativ und islamkritisch) Grund zu der Befürchtung, dass er eine Entwicklung der AfD in diese Richtung fördern wollte. Als Renner sich hinter meinem Rücken im Herbst 2013 mit Nigel Farage traf, nahm ich dies zum Anlass, Renner auf dem NRW-Landesparteitag in Arnsberg am 30.11./1.12.2013 in meiner Parteitagsrede öffentlich anzugreifen und den gegen ihn gestellten Abwahlenantrag zu unterstützen. Renner wurde dann auch mit großer Mehrheit als stellvertretender Landessprecher abgewählt.

Zugehörige Dokumente:

[Renner Stellungnahme wg Lemmer 30.4.2013.pdf](#)

[2013-04-30 Lemmer will nicht in AfD.pdf](#)

[Renner Abwahl in Arnsberg 30.11.2013.pdf](#)

8.5.2013

Von Matthias Wohlfahrt, einem der Sprecher des Landesverbandes Thüringen, erfuhr ich, dass ein Holocaust-Leugner namens Paul Latussek bei der Mitgliedsaufnahme „durchgerutscht“ sei, der wegen Volksverhetzung einschlägig vorbestraft war. Der Fall erforderte nur insofern mein Eingreifen, als Wohlfahrt satzungsrechtlich unbeschlagen war und glaubte, Latussek ohne formales Verfahren aus der Partei werfen zu können. Ich habe Herrn Wohlfahrt umgehend meine volle Rückendeckung ausgesprochen und ihm das rechtlich korrekte Vorgehen erläutert. M. W. ist das Parteiausschlussverfahren dann erfolgreich abgeschlossen worden (oder Latussek hat von sich aus die AfD verlassen).

Zugehörige Dokumente:

[Latussek Meine Mail an Wohlfahrt 8.5.2013.pdf](#)

15.5.2013

In einem Interview mit dem bayrischen Rundfunk wurde ich mit Äußerungen des (aufgrund von Wahlunregelmäßigkeiten) umstrittenen bayrischen Landesvorsitzenden Martin Sichert konfrontiert, die u. a. die Behauptung enthielten, mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hätten die beiden größten Massenmörder des 20. Jahrhunderts obsiegt. Ich habe noch am selben Tag Sichert zu einer Stellungnahme aufgefordert, ob diese (aus meiner Sicht rechtsradikale) Äußerung tatsächlich von ihm stammte. Sichert leugnete zunächst, gab aber, als eine eidesstattliche Erklärung von ihm verlangt wurde, die Autorschaft zu. In der Zwischenzeit waren weitere Texte von ihm bekannt geworden, die geschichtsrevisionistische oder ausländerfeindliche Passagen enthielten.

Daraufhin beantragte ich im Bundesvorstand ein Parteiausschlussverfahren gegen Sichert. Der Antrag wurde aber abgelehnt, weil der Bundesvorstand die Zuständigkeit für das Verfahren beim bayrischen Landesvorstand sah. Dieser wiederum fühlte sich nicht imstande, ein solches Verfahren zu beschließen, da der Landesverband aufgrund der umstrittenen Wahl von Sichert tief gespalten war und unklar war, wer überhaupt rechtmäßig im Vorstand vertreten war. Als Sichert dann seinen Parteiaustritt ankündigte, schloß die Angelegenheit ein.

Tatsächlich ist Sichert aber nicht ausgetreten. Er wurde 2014 erneut auffällig, mit menschenverachtenden Äußerungen über ausländische Sexualstraftäter. Der bayrische Landesvorstand nahm dies zum Anlass, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Sichert (der inzwischen Kreisvorsitzender in Nürnberg war) einzuleiten. Dieses Verfahren kam aber nicht richtig von der Stelle, weshalb auf meinen Antrag der Bundesvorstand im Mai 2014 seinerseits ein Parteiausschlussverfahren gegen Sichert einleitete. Leider führte auch dieses Verfahren nicht zum Erfolg, weil durch eine Nachlässigkeit der Bundesgeschäftsstelle der Antrag fast ein Monat liegen blieb und verfristet war, als er schließlich beim zuständigen Schiedsgericht einging.

Zugehörige Dokumente:

[Sichert Erste Stellungnahme 18.5.2013.pdf](#)

[Sichert Protokollnotiz Parteiausschluss 18.5.2013.pdf](#)

[Sichert 2. Anlauf Parteiausschluss 3.6.2014.pdf](#)

Nachdem im Mai 2013 die letzten Landesverbände gegründet worden waren, nahm die Anzahl der vom Bundesvorstand zu prüfenden Einzelfälle (trotz der scheinbaren Häufigkeit derartiger Vorkommnisse kaum mehr als ein Promille der Mitglieder betreffend!) deutlich ab. Zuständig für Parteiordnungsverfahren waren jetzt erstinstanzlich die Landesschiedsgerichte. Die Landesverbände führten ggf. auch die Berufungsverfahren vor dem Bundesschiedsgericht. Der Bundesvorstand wurde nur noch in Ausnahmefällen (z. B. bei einem handlungsunfähigen Landesvorstand) tätig.

Ende Juni 2013

Der Landesvorsitzende von NRW, Alexander Dilger, informierte mich darüber, dass auf die Landesliste NRW auf einen weniger prominenten Listenplatz eine Frau Dagmar Noack gewählt wurde. Es hatte sich nun herausgestellt, dass sich der Mann von Frau Noack für den kommissarischen deutschen Reichskanzler hielt, der im Internet eine Homepage betrieb, wo er unter dem Hakenkreuz siegelte, die Nürnberger Rassegesetze „vorläufig“ aufhob und die Bundesrepublik Deutschland „abwickeln“ wollte.

Das Problem bestand zunächst darin, dass gegen Frau Noack selbst nichts vorlag. Sie weigerte sich schlicht, die Aktivitäten ihres Mannes zu kommentieren. Man konnte ihr nur vorwerfen, dass sie sich nicht distanzierte. Ein Parteiausschluss war daher kaum möglich. Zudem hätte er nichts daran geändert, dass Frau Noack gültig gewählte Kandidatin auf der AfD-Liste war und ggf. als Parteilose hätte gewählt werden können.

Ich habe daher in einem langen Telefonat versucht, Frau Noack zu einem freiwilligen Verzicht auf die Kandidatur zu bewegen. Das war aber nicht erfolgreich. Als Ausweg blieb nur noch, Frau Noack von den gewählten Vertrauensleuten von der Landesliste streichen zu lassen. Hiergegen gab es Bedenken im AfD-Landesvorstand NRW, weil man u. a. private Regressforderungen von Frau Noack fürchtete und die Sorge bestand, dass die 2000 Unterschriften bei einer Veränderung der Liste neu gesammelt werden müssten. Ich bestand gegenüber dem Landesvorstand aber darauf, dass Frau Noack gestrichen werden müsse und drohte, eine mit mir geplante Großveranstaltung in Aachen abzusagen, wenn der Landesvorstand Frau Noack auf der Liste behielte.

Nach Rücksprache mit der Landeswahlleiterin entschied sich der Landesvorstand NRW schließlich, Frau Noack von der Liste zu streichen. (Zudem wurde der frühere Facebook-Administrator Thorsten Kloth ebenfalls gestrichen, weil er auf der Aufstellungsversammlung verschwiegen hatte, dass er erst unlängst eine mehrjährige Gefängnisstrafe abgeübt hatte.) Weder Kloth noch Noack sind m. W. später wieder in der AfD auffällig geworden.

Zugehörige Dokumente:

[Noack 2.7.2013.pdf](#)

[Noack Streichung von Landesliste 2.7.2013.pdf](#)

Im Sommer und Herbst 2013 sind mir keine Vorfälle in Erinnerung, die mein Eingreifen erfordert hätten. Ich war allerdings durch den Bundestagswahlkampf auch völlig ausgelastet.

1.10.2013

Die islamophobe Kleinpartei „Die Freiheit“ kündigte an, bei überregionalen Wahlen zugunsten der AfD auf eine Kandidatur verzichten zu wollen. Der Aufruf las sich wie eine verdeckte Aufforderung an die Mitglieder der „Freiheit“, sich der AfD anzuschließen. Ich habe daraufhin noch am selben Tag per Pressemitteilung einen „weitreichenden Aufnahmestopp“ für Mitglieder der Freiheit verkündet. Inhaltlich war dies eigentlich nichts Neues, da es ohnehin geltende Vorgabe war, dass islamfeindliche Mitglieder nicht aufgenommen werden, aber ich hielt es für wichtig, dies sowohl der Partei als auch der Öffentlichkeit noch einmal in Erinnerung zu rufen. (Frauke Petry und Alexander Gauland kritisierten meine PM auch öffentlich als unabgesprochen, obwohl sie genau der Beschlusslage entsprach.)

Zugehörige Dokumente:

[2013-10-01 PM Aufnahmestopp ehemalige Mitglieder Die Freiheit.pdf](#)

[Aufnahmestop Freiheit 8.10.2013.pdf](#)

[Freiheit ist extremistisch 8.10.13.pdf](#)

31.10.2013

Wegen der vordringlichen Aufgaben des Parteaufbaus und des Bundestagswahlkampfes war die inhaltliche Entwicklung der AfD kaum vorangekommen. Die programmatische Arbeit stagnierte und bis zu einem Parteiprogramm war noch ein weiter Weg zu gehen. Ich hielt es aber für wichtig, in dem sensiblen Bereich Islam die Position der Partei schneller zu definieren. Ich formulierte deshalb zehn Thesen zum Islam und versandte diese als meine persönliche Meinung an alle Parteimitglieder – verbunden mit der Bitte, mir mitzuteilen, ob diese Thesen von der Mitgliedschaft geteilt würden. Ich hoffte auf große Zustimmung, um ein Mandat zu haben, auch zum Thema Islam für die Partei zu sprechen.

Der Erfolg der Thesen war überwältigend: Es gab fast 5000 Rückmeldungen aus der Partei, von denen 86% allen zehn Thesen zustimmten. Die AfD des Jahres 2013 war keine islamfeindliche Partei.

Zugehörige Dokumente:

[Zehn Thesen zum Islam 31.10.2013.pdf](#)

[Zehn Thesen zum Islam Ergebnisse 12.11.2013.pdf](#)

11.11.2013

Vor der Aufnahme neuer Mitglieder sollten in der AfD Aufnahmegespräche geführt werden, möglichst mit allen Antragstellern, zumindest aber mit solchen, die zuvor Kleinparteien oder Organisationen mit unklarer politischer Zielrichtung angehört hatten. Aus den Landesverbänden kam aber die

Rückmeldung, dass viele Kreisverantwortliche unsicher waren, wie ein solches Aufnahmegespräch zu führen sei. In der Tat ist es ja wenig sinnvoll, die Antragsteller zu fragen, ob sie fremdenfeindliches oder rechtsextremes Gedankengut haben oder ob sie Vorurteile gegenüber Muslimen hegen. Ich habe deshalb einen Leitfaden für Aufnahmegespräche verfasst, der als (unverbindliche) Hilfestellung für Aufnahmegespräche an alle Kreisverantwortliche gegeben werden sollte. Der Leitfaden fragte nach den Einstellungen des Antragstellers zu den Themen Grundrechte, Regierungssystem, NATO, EU, Internationale Beziehungen, zentralen politischen Angelegenheiten, Asylpolitik und Extremismus. Die Gesamtwürdigung der Antworten blieb dem Kreisverantwortlichen vorbehalten, denn eine Art Musterantwort zu verfassen wäre nicht klug gewesen, da so etwas schnell verbreitet worden wäre und damit das Aufnahmegespräch zur Farce gemacht hätte.

Zugehöriges Dokument:

[Aufnahmegespräch 11.11.2013.pdf](#)

15.11.2013

Im Landesverband Rheinland-Pfalz hatte der Kreisverband Koblenz trotz des von mir verkündeten Aufnahmestops ein vorheriges Mitglied der „Freiheit“, einen Herrn Mrakic, aufgenommen. Der Landesvorstand aber bestritt die Rechtmäßigkeit der Aufnahme. Diese Entscheidung vertiefte einen ohnehin schon heftig geführten Streit im Landesvorstand, zu dessen Protagonisten auf Seiten der Parteirechten die Rechtsanwältin Heidrun Jacobs zählte. Da sich beide Seiten zwecks Klärung der Angelegenheit an mich wandten, beschied ich Frau Jacobs, dass Herr Mrakic eindeutig nicht Mitglied der AfD geworden sei, da es angesichts einer Vormitgliedschaft in einer als extremistisch eingestuften Partei (der bayrische Landesverband der „Freiheit“ wurde seit April 2013 vom Verfassungsschutz beobachtet) an der erforderlichen Zustimmung des Bundesvorstands fehle¹. Frau Jacobs trat wenig später aus der AfD aus.

Zugehöriges Dokument:

[Freiheit ist extremistisch 15.11.13.pdf](#)

24.11.2013

Auf dem Landesparteitag der AfD Baden-Württemberg schlugen einige Redner islamkritische Töne an. Ich habe in meiner Parteitagsrede unmittelbar dagegen gehalten und mich für das Recht von Muslimen, ihre Moscheen auch mit Minarett zu bauen, eingesetzt. Von meiner (ohne Manuskript)

¹ Ich argumentierte hier, dass eine Partei insgesamt als extremistisch gelten sollte, wenn auch nur (wie in diesem Fall) ein einzelner Landesverband der Partei als extremistisch eingestuft worden war. Damit bewegte ich mich in einer rechtlichen Grauzone, zumal Herr Mrakic nicht Mitglied des bayrischen Landesverbandes der Freiheit gewesen war. Bei der wenig später einsetzenden Neufassung der Satzung der AfD habe ich deshalb dann Wert darauf gelegt, dass unsere Satzung so präzisiert wurde, dass auch eine Vormitgliedschaft mit einer nur in Teilen als extremistisch eingestuften Organisation mit einer Mitgliedschaft in der AfD unvereinbar war.

gehaltenen Rede gibt es leider m. W. keine Aufzeichnung, aber die anliegende missbilligende Mail von Dr. Jürgen Hofmann belegt zumindest die Passage über den Minarettbau.

Zugehöriges Dokument:

[Minarette in BW 24.11.2013.pdf](#)

19.12.2013

In Hessen wurden Texte bekannt, die der Schatzmeister des Landesverbandes einige Jahre zuvor auf verschiedenen Webseiten gepostet hatte. Kostprobe:

"Der heutige Sozialismus, der sich Demokratie schimpft, muss das gleiche Schicksal wie der Ostblock vor mehr als 20 Jahren erleiden. Nur so können wir die satanistischen Elemente der Finanz-Oligopole von den westlichen Völkern wieder abschütteln, die wie die Zecken das Blut der Völker aussaugen und die Körper mit tödlichen Bakterien verseuchen. (...) Deshalb muss zuerst die Demokratie beseitigt werden, bevor die Finanz-Oligopole untergehen können."

Da der Landesvorstand Hessen aufgrund interner Querelen faktisch handlungsunfähig war, habe ich mich des Falle angenommen und nach Klärung der Authentizität der Äußerungen Herrn Ziemann zum Austritt aus der AfD aufgefordert. Da dieser der Aufforderung nicht nachkam habe ich im Bundesvorstand ein Parteiausschlussverfahren beantragt, das der Buvo auch anstandslos beschloss. Zugleich wurde die Parteibasis über Herrn Ziemanns Äußerungen und meine Maßnahmen informiert. Daraufhin trat Herr Ziemann aus der Partei aus.

Zugehörige Dokumente:

[Ziemann Ausweichende Antwort 19.12.2013.pdf](#)

[Ziemann Austrittsforderung 19.12.2013.pdf](#)

[Ziemann Amtsenthebung und Parteiausschlussverfahren.pdf](#)

[Ziemann Austritt aus der AfD 23.12.2013.pdf](#)

2014

Während des ganzen Jahres:

Nach der Bundestagswahl wurde in der Partei eine Überarbeitung der Bundessatzung angestrebt, da die alte zahlreiche Mängel aufwies. Neben vielen anderen Änderungen legte ich Wert darauf, dass die Regeln zur Mitgliedsaufnahme geschärft würden. Bedingung für die Aufnahme war u. a. das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und den Grundrechten. Der Bundesvorstand erhielt das Recht, weitere Aufnahmekriterien verbindlich zu beschließen. Die Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation schloss eine Aufnahme aus, wobei der Bundesvorstand das Recht erhielt, eine konkrete Unvereinbarkeitsliste mit als extremistisch geltenden Organisationen zu erstellen. Ferner wurde neu eingeführt, dass das Verschweigen einer früheren Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation zur *nachträglichen* Auflösung einer eventuell bereits getroffenen Aufnahmeentscheidung führt – eine im Parteienrecht m. W. einmalige Regelung. Jede Aufnahmeentscheidung kam erst dann zustande, wenn innerhalb von vier Wochen nach Eintragung in das zentrale Mitgliederregister kein Widerspruch seitens des Bundesvorstands, eines Landesvorstands oder der jeweils zuständigen Mitgliederbeauftragten erfolgt war, sodass erheblicher Raum geschaffen wurde, um falsche oder unachtsame Aufnahmeentscheidungen noch rückabwickeln zu können.

Zugehörige Dokumente:

[AfD-Satzung vom 31. Januar 2015.pdf](#), insbesondere §§ 2 und 4.

14.2.2014 – 12.10.2014

Die Ostseezeitung berichtete am 14.2.2014 darüber, dass die Staatsanwaltschaft Rostock Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen den neuen AfD-Landessprecher Holger Arppe eingeleitet habe. Ich habe mich noch am selben Tag per Email an Herrn Arppe gewandt und diesen namens des Bundesvorstands um eine Stellungnahme zu den Vorwürfen gebeten. Ich habe zudem Auskunft darüber verlangt, ob Arppe (unter seinem Klarnamen oder einem Pseudonym) jemals islamfeindliche, ausländerfeindliche oder extremistische Äußerungen getätigt hat.

Arppe bestritt unverzüglich, eine rassistische Auffassung zu haben oder für „unappetitliche“ Äußerungen verantwortlich zu sein. Er bestritt nicht, dass seine Email-Adresse als „Kontaktadresse“ angegeben worden war, behauptete aber, dass dies durch einen unbekanntes Dritten erfolgt sei. Die Staatsanwaltschaft habe ihn noch nicht über die erhobenen Vorwürfe informiert. Ich habe in den nächsten Wochen mehrfach auf genauere Auskunft gedrängt, Arppe schrieb mir jedoch, er sei von seinem Anwalt angewiesen worden, sich gegenüber niemandem zu einem laufenden Verfahren zu äußern. Damit blieb der Fall in der Schwebe.

Im Kern ging es um die Frage, ob Arppe mit einem elektronischen Pseudonym namens antaios_rostock identisch ist. Arppe bestritt dies. Da wir nicht die technischen Möglichkeiten hatten, diese Frage zu klären, entschied ich nach Rücksprache mit Kollegen im Bundesvorstand, das Ergebnis der staatsanwaltlichen Ermittlungen abzuwarten. Parteiordnungsmaßnahmen waren aussichtslos, solange die Identität von antaios_rostock nicht geklärt werden konnte.

Anfang Oktober 2014 erreichte uns die Mitteilung, dass die Staatsanwaltschaft Rostock Anklage gegen Arppe erhoben hatte. Daraufhin verfasste ich am 8.10.2014 gemeinsam mit meinen Mitsprechern Konrad Adam und Frauke Petry sowie Alexander Gauland als zuständigem Länderkoordinator ein Schreiben an Arppe, in dem dieser dazu aufgefordert wurde, sein Amt als Landessprecher zumindest ruhen zu lassen. Vier Tage später reagierte Arppe darauf mit seiner Ankündigung, bei der im November anstehenden Neuwahl des Landesvorstands nicht erneut zu kandidieren.

Zugehörige Dokumente:

[Arppe Ermittlungen der Staatsanwaltschaft 2014-02-14.pdf](#)

[Arppe Ermittlungen der Staatsanwaltschaft 2014-02-28.pdf](#)

[Arppe Mitteilung der AfD-Bundessprecher an Herrn Holger Arppe 2014-10-08.pdf](#)

[Arppe Ausscheiden aus dem Landesvorstand MV 2014-10-12.pdf](#)

12.3.2014

Dem Bundesparteitag der Partei in Erfurt legte ich einen Entwurf sog. „Politischer Leitlinien der AfD“ vor². Die AfD hatte bislang zwar Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2013 und die Europawahl 2014 erarbeitet, besaß jedoch noch kein Parteiprogramm. (Mit dessen Erstellung war mein Sprecherkollege Konrad Adam betraut; aber der Programmprozess kam kaum voran. Nach dem Erfurter Parteitag wurde seine Zuständigkeit deshalb dem neuen Bundesvorstandsmitglied Gustav Greve übertragen.)

Die politischen Leitlinien sollten politische Grundpositionen der AfD fixieren. Gleich als ersten Punkt hob mein Entwurf hervor:

„1. Als Rechtsstaatspartei sind wir den Grundrechten verpflichtet. Die AfD wird sich stets dafür einsetzen, dass Bürger in ihren Grundrechten nicht beschnitten werden. Dies gilt insbesondere für Grundrechte, die Minderheiten zustehen, seien sie Ausländer, Menschen anderen Glaubens, Menschen anderer sexueller Orientierungen oder politisch Andersdenkende.“

Die politischen Leitlinien wurden vom Parteitag zunächst zur Überarbeitung an eine Kommission überwiesen und dann in einer Urabstimmung der Mitglieder beschlossen. Neben dem inhaltlich unveränderten Bekenntnis zu den Grundrechten beschloss die AfD auch die folgenden Aussagen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik und zur Zuwanderung:

„Politisch Verfolgten im Sinne des Grundgesetzes ist Asyl zu gewähren. Als Gäste des Landes sollen Asylanten würdig behandelt und als Mitmenschen akzeptiert werden, wozu auch das Recht gehört, ihr Auskommen selbst erarbeiten zu dürfen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Aus Gründen der Humanität ist es eine Pflicht, Kriegsflüchtlingen bei uns oder an anderen sicheren Aufenthaltsorten mit Unterkünften und dem notwendigen Lebensunterhalt beizustehen.“

² Um dem Antrag breite Unterstützung zu verschaffen, wurde er von vielen führenden Parteifreunden mitgezeichnet. Der Text stammte allerdings allein aus meiner Feder.

„Da wir demographische Nachhaltigkeit ernst nehmen, bejahen wir die Zuwanderung integrationswilliger und integrationsfähiger Einwanderer nach Deutschland.“

Zudem wurde ein Bekenntnis zur NATO und zur Westbindung Deutschlands beschlossen.

Zugehörige Dokumente:

[Politische Leitlinien der AfD Antrag Lucke 11.3.14.pdf](#)

[Politische Leitlinien der AfD beschlossen.pdf](#)

13.3.2014

Der Deutschlandfunk berichtet über ein im November 2013 (!) geführtes Gespräch mit Matthias Wohlfahrt, dem Landessprecher von Thüringen. Wohlfahrt hatte u. a. geäußert, dass er bei ausländerfeindlichen Straftaten „auch den Hintergrund“ sehe, der für ihn eine „lasche Handhabung mit kriminell agierenden Einwanderern“ ist. Ich habe Wohlfahrt umgehend angerufen und um Stellungnahme gebeten; den Vorgang als Ganzes übernahm Frauke Petry als die für Thüringen zuständige AfD-Bundessprecherin. Nach ihrem Bericht beschloss der Bundesvorstand auf meinen Antrag hin in seiner Sitzung vom 8.4.2014 einstimmig eine Rücktrittsaufforderung an Wohlfahrt. Der Bundesvorstand missbilligte ausdrücklich jeden Versuch, Gewalt gegen Ausländer zu billigen, zu entschuldigen oder zu relativieren. Wohlfahrt lehnte die Rücktrittsaufforderung ab, wurde aber auf dem Thüringer Landesparteitag im Juli 2014 aus dem Landesvorstand abgewählt.

Zugehörige Dokumente:

[Wohlfarth Stellungnahme zum Interview 7.4.2014.pdf](#)

[Wohlfahrt Beschlussentwurf Lucke 8.4.2014.pdf](#)

[Wohlfahrt Protokoll BuVo080402014.pdf](#)

27.3.2014

Das neugewählte Bundesvorstandsmitglied Marcus Pretzell nahm an einer von der Jungen Alternative organisierten Veranstaltung mit Nigel Farage als Vertreter der britischen UKIP teil, obwohl er von mir darauf hingewiesen worden war, dass Kontakte mit ausländischen Parteien einer Genehmigung des Bundesvorstands bedürfen. (Diesen Beschluss hatte ich im November 2013 angeregt, weil ich die Sorge hatte, dass auf unterer Parteiebene unbedacht Kontakte zu Parteien mit EU-feindlichen oder islamophoben Inhalten eingegangen werden könnten.) Da Kontakte zur UKIP nicht erwünscht waren, sprach der Bundesvorstand Pretzell eine Verwarnung aus und verständigte die Presse über diesen Sachverhalt.

Zugehörige Dokumente:

[Pretzell Buvo-Beschluss Kontakte mit ausländischen Parteien 16.11.2013.pdf](#)

29.7.2014

Nur sehr selten bin ich in Interviews nach der Haltung der AfD zum Islam und zur Integration muslimischer Zuwanderer gefragt worden. Eine Ausnahme war das Interview mit kath.net, in dem ich mich klar für kulturelle Pluralität und das Recht, in Deutschland Moscheen zu errichten, ausgesprochen habe. Auszug:

kath.net: Darf Religionsfreiheit soweit gehen, dass Moscheen in Deutschland als repräsentative Prachtbauten errichtet werden? Ist Integration eine Bringschuld unserer Gesellschaft oder der Migranten?

Bernd Lucke: Das sind zwei verschiedene Fragen. Zur zweiten zuerst: Einwanderer sollten bereit sein, sich zu integrieren und dies auch aktiv anstreben. Die Gesellschaft sollte aber auch das Ihre dafür tun, den Einwanderern die Integration zu erleichtern, insofern würde ich die Integration nicht gerne nur als entweder Bringschuld oder Holschuld verstehen wollen. Also: Ich bejahe Integration ganz entschieden, ja ich erwarte dies von den Einwanderern. Aber ich erwarte keine Assimilation. Einwanderer sollen sich integrieren und in allen Dimensionen normalen Umgang mit Einheimischen pflegen. Aber sie müssen uns Deutschen nicht in jeder Hinsicht gleich werden. Es ist völlig in Ordnung, ja sogar bereichernd, wenn die Einwanderer ihre kulturellen, religiösen und sprachlichen Wurzeln pflegen – solange sie die deutsche Kultur achten, die christliche Religion respektieren und die deutsche Sprache sprechen. Repräsentative Prachtbauten gehören sicherlich nicht zur Religionsfreiheit, aber sie können Ausdruck der Kultur, insbesondere der Architektur der Einwanderer sein. Selbstverständlich dürfen Moslems hier Moscheen errichten und wenn sie das dürfen, warum sollen sie es nicht auch architektonisch anspruchsvoll und ästhetisch befriedigend tun? Dass man dabei städtebauliche Gesichtspunkte mitberücksichtigt und den Moscheebau nicht gerade im von Fachwerkhäusern geprägten historischen Ortskern genehmigt, ist selbstverständlich. Aber die entscheidende Frage ist nicht, wie die Moschee gebaut wird, sondern was drinnen gepredigt und gelehrt wird.

19.9.2014

Ein Thomas Matzke, Mitglied des Kreiverbandes Rhein-Sieg, twitterte unter dem Logo der AfD unautorisiert „Die Indianer konnten die Einwanderung nicht stoppen. Heute leben sie in Reservaten.“ Der zuständige Kreisverband stellte beim Bundesvorstand am 18.9.2014 einen Antrag auf Verwarnung des Mitglieds. Ich setzte dies sofort auf die Tagesordnung des Bundesvorstands, der bereits am nächsten Tag die Verwarnung aussprach.

Zugehöriges Dokument:

[Matzke Indianertweet Protokoll BuVo-Sitzung 19_09_2014.pdf](#)

2.10.2014

Angesichts zunehmender innerer Konflikte und einer wahrnehmbaren Radikalisierung in Teilen der Mitgliederschaft versende ich ein Mitgliederrundschreiben „Der innere Zustand der AfD“, das auch eine unmissverständliche politische Standortbestimmung enthält:

Dieser politische Erfolg hängt entscheidend von unseren politischen Inhalten ab. Es ist meine feste Überzeugung, dass die AfD nur dann eine politische Zukunft hat, wenn sie als eine freiheitliche, soziale und wertorientierte Partei vernünftige, konstruktive Alternativen zur Politik der Altparteien formuliert: Alternativen zum Euro und Alternativen in Politikbereichen von A bis Z, von der Alterssicherung bis zur Zuwanderung. Es ist außerdem meine feste Überzeugung, dass die AfD nicht den Schatten eines Zweifels daran lassen darf, dass politischer Extremismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und religiöse Intoleranz mit dem Gedankengut der AfD als einer demokratischen Rechtsstaatspartei unvereinbar sind.

Zugehöriges Dokument:

[Der innere Zustand der AfD.pdf](#)

8.10.2014

Der MDR berichtete am 8.10.2014 über Äußerungen der sachsen-anhaltischen Landesvorstandsmitglieder Poggenburg, Hoffmann und von Harlessem. Poggenburg hatte den Journalisten Michel Friedmann beleidigt („Schleimiges Etwas“), Hoffmann hatte israelische Luftangriffe im Gaza-Streifen mit dem Holocaust verglichen und von Harlessem hatte auf Facebook ein Bild geteilt, das die amerikanischen Politiker Obama, Biden und Kerry an einem Galgen zeigt.

Ich habe diesen Vorgang am Folgetag im Bundesvorstand thematisiert. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, die Vorfälle zu recherchieren und Stellungnahmen der Betroffenen einzuholen. Poggenburg und Hoffmann entschuldigten und distanzierten sich öffentlich von ihren Äußerungen. Von Harlessem behauptete, das Foto kritisiert zu haben. Dies stellte sich aber als unglaublich heraus. Zudem ergab eine Analyse seiner Facebookseite, dass er auch weitere rechtsradikale Inhalte „geliked“ hatte. Der Bundesvorstand beschloss daraufhin am 21.10. auf meinen Vorschlag, von Harlessems Rücktritt zu verlangen. Harlessem kam nach Rücksprache mit Poggenburg dieser Aufforderung am 15.11.2014 nach.

Zugehörige Dokumente:

[Harlessem et al BuVo-TelkoProtokoll 09 10 2014.pdf](#)

[Harlessems GalgenfotoVermerk 2010-10-21.pdf](#)

[Harlessem Hoffmann Poggenburg Stellungnahmen zu Vorwürfen 21.10.2014.pdf](#)

[Harlessem Rücktrittsaufforderung BuVo-TelkoProtokoll 21 10 2014.pdf](#)

[Harlessem Rücktritt bei der AfD nach Facebook-Affäre 15.11.2014.pdf](#)

17.10.2014

Die Lübecker Nachrichten berichteten von einer AfD-Veranstaltung im Kreis Stormarn, auf der der stellvertretende Kreissprecher Dr. Helms behauptet habe, dass die Gaskammern im KZ Dachau von den Alliierten gebaut wurden, um die deutsche Bevölkerung zu täuschen. Ich habe den Vorfall umgehend auf die Tagesordnung der vier Tage später stattfindenden Bundesvorstandssitzung-

Telefonkonferenz setzen lassen. Die Zuständigkeit lag allerdings beim Landesvorstand Schleswig-Holstein, der prompt und angemessen reagierte. Am 21.10.2014 war Dr. Helms bereits von seinem Parteiamt zurückgetreten, am selben Tage trat er aus der Partei aus. Der Landesvorstand Schleswig-Holstein distanzierte sich sowohl gegenüber der Presse als auch in einem Mitgliederrundschreiben mit aller wünschenswerten Klarheit von Dr. Helms Äußerungen.

Zugehörige Dokumente:

[Helms BuVo-TelkoProtokoll 21 10 2014.pdf](#)

[Helms Schreiben Joost 20.10.2014.pdf](#)

[Helms Austritt Mitgliederbrief LV SH 22.10.2014.pdf](#)

Ende Oktober 2014

Von verschiedenen Mitgliedern des Landesvorstands NRW wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass die Bezirksvorsitzenden in NRW einen sog. „Alternativen Wissenskongress“ (AWK) organisierten, der im Frühjahr 2015 zum Thema „Demokratie in Gefahr. Wer regiert Deutschland?“ stattfinden sollte. Die (kostenpflichtige) Anmeldung für diesen Kongress lief bereits. Als Referenten waren Elsässer, Hamer, Popp und Schachtschneider vorgesehen. Sowohl politisch als auch fachlich erschien mir dies als ein ziemliches Gruselkabinett, teilweise mit antisemitischem und rechtsradikalem Gedankengut. (Lediglich Schachtschneider hielt ich für inhaltlich seriös, wenn auch politisch zu nahe an der Neuen Rechten.)

Ich drang bei Marcus Pretzell als dem Landesvorsitzenden NRW auf eine Absage des Kongresses. Pretzell gab zwar vor, den Kongress kritisch zu sehen, war aber nicht bereit, dagegen einzuschreiten, obwohl Teile seines Vorstands dies ebenfalls verlangten. Auf dem Landesparteitag der AfD NRW am 25.10.2014 führte ich ein Gespräch mit Pretzell, Mieruch und einigen der Bezirksvorsitzenden. Es rückte dabei aber nur der Arnsberger Bezirksvorsitzende Liesche vom AWK ab, alle anderen (Hemmelgarn (Detmold), Vogel (Düsseldorf), Schulze (Arnsberg), Schumacher (Köln)) zeigten keine nennenswerte Bereitschaft zum Einlenken. Nach Rücksprache mit dem Bundesvorstand bestand ich auf einer Absage, konnte aber nur erreichen, dass der AWK (am 22.3.2015 in Witten) nicht als AfD-Veranstaltung sondern als Veranstaltung in privater Trägerschaft stattfand. Dies änderte wenig daran, dass der Kongress von Hunderten von AfD-Mitglieder besucht wurde.

Zugehörige Dokumente:

[AWK Dissens.pdf](#)

[AWK Absage 30.10.2014.pdf](#)

1.11.2014

Vorausgegangen war ein öffentlicher Streit zwischen den beiden stellvertretenden Bundessprechern Gauland und Henkel. Henkel hatte in Interviews gesagt, er schäme sich, wenn AfD-Mitglieder Verschwörungstheorien anhängen. Gauland antwortete, wer sich für Mitglieder schäme, solle die Partei verlassen. Nur mit großer Mühe konnte ich Henkel vom Austritt aus der AfD abbringen. Zur

Befriedung der Situation schlug ich ein gemeinsames Schreiben aller Bundessprecher und aller Stellvertreter (also Lucke, Adam, Petry, Gauland und Henkel) an die Mitglieder vor. In diesem sollten alle die Wichtigkeit unserer programmatischen Ziele betonen, Ausländerfeindlichkeit und religiöse Intoleranz ablehnen und vor allem die absurdesten Verschwörungstheorien, die durch die Partei geisterten, zurückweisen. Die (unter den avisierten Unterzeichnern offen besprochene) Intention war es, den Anhängern solcher Thesen zu signalisieren, dass sie keinerlei Unterstützung in der Parteiführung hatten und gut daran täten, die Partei zu verlassen.

Das Kernstück der vorgeschlagenen Mail lautete:

An der Klarheit unserer Positionen darf es keinen Zweifel geben. Deshalb müssen wir klar sagen, wofür wir nicht stehen und was wir ablehnen. Wir lehnen jede Form des politischen Extremismus ab, jede Form von Ausländerfeindlichkeit, jede Form der religiösen Intoleranz und jede Diskriminierung von Minderheiten. Und wir lehnen alles das ab, was in zweifelhaften Internetquellen als grundsätzliche Systemkritik oder Aufdeckung vermeintlicher Verschwörungen daherkommt. Zur Illustration oder auch zur bloßen Erheiterung möchten wir beispielhaft einige derartige Thesen nennen:

Angeblich müsse unser Wirtschaftssystem zusammenbrechen, weil es Zins und Zinseszins gebe.

Angeblich werde die Bundesregierung durch den Verschwörerkreis der sogenannten Bilderberger gesteuert.

Angeblich sei an allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unser Geldsystem schuld und die Lösung bestehe in Schwundgeld oder fließendem Geld oder einer Golddeckung.

Angeblich seien amerikanische Banken oder andere Bösewichter die Strippenzieher des Weltgeschehens und die demokratischen Regierungen des Westens nur deren Marionetten.

Angeblich strebten Verschwörer in den USA einen dritten Weltkrieg gegen Russland an und versuchten so, die Weltherrschaft zu erringen.

Angeblich sei die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht souverän sondern noch immer unter Besatzungsstatut oder durch Geheimverträge geknebelt.

Angeblich sei die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht existent sondern eine in Frankfurt am Main registrierte GmbH.

Liebe Mitglieder und Förderer der AfD,

wir wollen es klar sagen: Dies alles ist grober Unfug. Nichts von dem ist Auffassung der AfD oder Teil ihrer Programmatik.

Adam und Henkel waren bereit, diese Mail zu unterzeichnen. Gauland machte seine Zustimmung von der Frauke Petrys abhängig. Frauke Petry weigerte sich trotz einiger textlicher Zugeständnisse, die ich im Folgenden machte, die Mail zu unterzeichnen. Sie bestand darauf, den gesamten Passus der Verschwörungstheorien zu streichen. Damit hätte die Mail ihren wesentlichen Zweck verfehlt.

Das Scheitern dieser Mail war ein Wendepunkt in der Entwicklung der AfD. Die Parteiführung war nicht mehr einig und in der Abgrenzung nach rechts handlungsunfähig. Zugleich wurde die Frage des Umgangs mit dem rechten Flügel (konfrontativ oder integrativ) zur Kernfrage des beginnenden Richtungkampfes in der AfD und entsprechend instrumentalisiert.

Zugehöriges Dokument:

[Mitgliederbrief zur Abgrenzung nach rechts 1.11.2014.pdf](#)

[Mitgliederbrief zur Abgrenzung nach rechts Ablehnung Petry 1.11.2014.pdf](#)

10.11.2014

Nach dem Aufsehen, das Gewalttätigkeiten bei der Demo der HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) erregt hatten, beschlossen die Bundes- und Landessprecher der AfD in ihrer regelmäßigen Telefonkonferenz auf meinen Vorschlag hin:

Die AfD verurteilt die Ausschreitungen von Hooligans und Rechtsradikalen im Rahmen der antisalafistischen Demonstrationen in Köln. Die AfD distanziert sich entschieden von den sogenannten HoGeSa-Initiativen, die den Schulterschluss mit Rechtsradikalen suchen und auch vor Gewalt gegen die Polizei nicht zurückschrecken. Eine Teilnahme von AfD-Mitgliedern an derartigen Demonstrationen, deren Unterstützung oder Billigung wäre ein schwerer Verstoß gegen Ordnung und Grundsätze der AfD und würde zur Einleitung von Parteiordnungsmaßnahmen bis hin zum Parteiausschluss führen.

Der Beschluss habe ich noch am selben Tage allen AfD-Mitgliedern in einer Mitgliederrundmail mitgeteilt.

Zugehöriges Dokument:

[Mitgliederbrief_Hooligans gegen Salafisten \(HoGeSa\).pdf](#)

2015

17.2.2015

Patricia Casale informierte mich, dass in Sachsen-Anhalt Götz Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka in die AfD aufgenommen wurden. Beide sind Galionsfiguren der Neuen Rechten. Ich setzte dies auf die Tagesordnung der nächsten Telko des Bundesvorstands und beantrage, der Mitgliedschaft zu widersprechen. Der Bundesvorstand stimmt dem zu und lässt Kubitschek und Kositzka mitteilen, dass ihre Mitgliedschaft abgelehnt wurde.

(Dies war satzungsrechtlich problematisch. Zwar hatte der Bundesvorstand seit Inkrafttreten der neuen Satzung am 31.1.2015 ein einmonatiges Widerspruchsrecht gegen Mitgliedsaufnahmen unterer Parteigliederungen, die Aufnahme Kubitscheks und Kositzka war jedoch noch nach der alten Satzung geschehen und wäre nach dieser unwiderruflich gewesen. Der AfD-Landesvorsitzende Poggenburg beschwerte sich zwar bei mir über die Entscheidung des Buvo, spielte aber nicht die formale Karte, die vor dem Schiedsgericht möglicherweise Erfolg gehabt hätte.)

Zugehöriges Dokument:

28.2./1.3.2015

Der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen AfD hatte am 28.2. vor meinem Eintreffen ein Verbot von Minaretten beschlossen. Als ich davon hörte, wies ich den Landesvorsitzenden Pretzell darauf hin, dass dies gegen die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Glaubensausübung verstoße und drängte ihn, den Beschluss wieder aufheben zu lassen. Tatsächlich schlug Pretzell - der Jurist ist - dies unter Bezug auf verfassungsrechtliche Probleme dem Parteitag am nächsten Tag vor, so dass der Beschluss wieder aufgehoben wurde.

Zugehöriges Dokument:

[2015-03-02 Minarette verbieten - nein, doch nicht.pdf](#)

14.3.2015

Auf dem Landesparteitag der Thüringer AfD ließ Björn Höcke eine sog. Erfurter Resolution beschließen, die eine Öffnung der AfD für rechte Protestbewegungen forderte. Zugleich wurde eine innerparteiliche Organisation „Der Flügel“ gegründet, deren Name sichtlich an das Gauland-Wort „Deshalb beherzigt das alte Schlieffen-Motto und macht den rechten Flügel stark!“ anknüpfte. Der Parteiführung (also mir) wurde in der Erfurter Resolution „Feigheit“ und „Verrat an den Interessen unseres Landes“ vorgeworfen.

Ich habe umgehend gemeinsam mit Bernd Kölmel, Ulrike Trebesius, Joachim Starbatty und Hans-Olaf Henkel eine Gegenresolution, die sog. Deutschland-Resolution erarbeitet. Meine vier MdEP-Kollegen traten als Initiatoren dieser Resolution auf, während ich in einem Mitgliederrundschreiben die Erfurter Resolution und den „Flügel“ kritisierte. So schrieb ich am 21.3.2015 allen AfD-Mitgliedern:

„Neben derartigen Anwürfen geht es in der Erfurter Resolution m. E. vor allem um eine Verschiebung des politischen Schwerpunkts der AfD und um einen fundamental-oppositionellen Politikstil. Die Erfurter Resolution atmet den Geist einer grundsätzlichen Systemkritik bei gleichzeitiger Verengung der politischen Stoßrichtung auf wenige Themen, die mit Schlagworten wie Gender, Multikulti und "Gesellschaftsexperimente" beschrieben werden. Von dem breiten Themenspektrum der heutigen AfD ist nichts mehr zu spüren: Nichts vom Euro, nichts von Bildung, nichts von Gesundheit, nichts von Wirtschaft und Steuern, nichts von Familien, nichts von Innerer Sicherheit, nichts von Sozialpolitik. Auch nichts von Rechtsstaat und Demokratiereform. Meine Damen und Herren, es ist eine andere AfD, die in der Erfurter Resolution gefordert wird und ich bekenne offen: So kann ich mir die AfD nicht vorstellen.“

Dies war das erstmal, dass ich meinen Austritt aus der AfD andeutete.

Zugehöriges Dokument:

[Mitgliederrundschreiben gegen die Erfurter Resolution.pdf](#)

15.3.2015

In Niedersachsen hatte sich eine „Initiative Bürgerliche AfD Niedersachsen“ (IBANie) gegründet, die der Erfurter Resolution nahestand, gegen eine „neo- und ordoliberalen“ Ausrichtung der AfD kämpfte und offen für Gauland, von Storch, Petry und Pretzell warb. Die Mehrheit der niedersächsischen Kreisvorstände unterstützte die Initiative. Ziel der IBANies war es, den moderaten Landesvorstand bei der nächsten Landesvorstandswahl abzuwählen und mit eigenen Leuten zu besetzen. Der wendige Landesvorsitzende Hampel wechselte ins Lager der IBANies, während die Mehrheit des niedersächsischen Landesvorstands im Lucke-Lager blieb. Auf dem Landesparteitag sollte ich ein Grußwort sprechen. Ich nutzte dies dazu, die IBANies mit dem Vorwurf anzugreifen, sie spalteten die Partei, indem sie sie nach rechts hin öffneten. Ich forderte die Auflösung der IBANies und die Rückkehr auf den programmatischen Boden der Partei. Obwohl ich für diesen Angriff viel Beifall erhielt, waren die Mehrheiten auf dem Parteitag aber bereits gekippt. Paul Hampel wurde wiedergewählt und die Mehrheit der neuen Landesvorstandsmitglieder entstammte den Reihen der IBANies.

Zugehörige Dokumente:

[IBANie Bernd Luckes Mitgliederentscheid Bürgerliches Netzwerk.pdf](#)

[IBANie Baum über meinen Angriff auf LPT 19.3.2015.pdf](#)

März-Mai 2015

Ähnlich wie in Niedersachsen übernahm die Parteirechte zahlreiche andere Landesverbände entweder bei Landesvorstandswahlen oder dadurch, dass bisher dem Lucke-Lager zuzurechnende Landesvorstandsmitglieder das Lager wechselten. In relativ kurzer Zeit kippten neben Niedersachsen NRW, Hessen, Saarland, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen. Die anderen ostdeutschen Landesverbände waren ohnehin in der Hand von Petry, Höcke, Poggenburg und Gauland. In Berlin, Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg konnten sich die moderaten Landesvorstände noch halten, aber die Mehrheiten wurden knapper und die Landesvorstände verstrickten sich zunehmend in Abwehrkämpfen gegenüber Attacken von Aktivisten des rechten Parteiflügels. Die Übernahme von Landesvorständen wirkte auch auf andere Mitglieder des Bundesvorstands wie ein geplantes und gut organisiertes Vorgehen.

Zugehörige Dokumente:

[Übernahme LVs Mails Greve van Suntum 29.4.2015 .pdf](#)

[Übernahme LVs Mail Adam zu Hessen 31.5.2015.pdf](#)

April/Mai 2015:

Die neue Satzung der AfD sah das Instrument eines bindenden Mitgliederentscheids vor. Da die Neuwahl des Bundesvorstands anstand, strebte ich angesichts der innerparteilichen Kontroversen eine grundsätzliche Positionsbestimmung der Partei an, die ich nach damaliger Einschätzung für weitere zwei Jahre nach außen hätte vertreten sollen. Mit einigen mir nahestehenden Mitgliedern wurde deshalb ein Text verfasst, der der Partei über einen Mitgliederentscheid zur Beschlussfassung

vorgelegt werden sollte. Die Rolle des Initiators übernahm Ronald Geiger aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Der Text des Mitgliederentscheids (s. u.) wandte sich gegen Fundamentalkritik am politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Er bekannte sich klar zu ihrer Rechtsordnung und zur parlamentarischen Demokratie. Kontakte zur Neuen Rechten, zur identitären Bewegung und zum Dunstkreis des Rechtsradikalismus wurden ebenso abgelehnt wie eine Zusammenarbeit mit PEGIDA oder mit europa- oder ausländerfeindlichen Parteien, namentlich dem Front National und der Partei von Geerd Wilders in den Niederlanden. Ein markig zur Schau gestellter Patriotismus wurde ebenso abgelehnt wie die Steuerung der Einwanderung nach „völkischen“ Kriterien. Statt nach Herkunft und Hautfarbe sollte Einwanderung nach Qualifikation gesteuert werden und das Asylrecht uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben.

Der Text enthielt ein Bekenntnis zur Mitgliedschaft in NATO und EU und (vor dem Hintergrund der Annexion der Krim) eine Mahnung an Russland, das Völkerrecht zu achten. Der islamische Terrorismus wurde verurteilt, aber es wurde ebenfalls hervorgehoben, dass dieser nicht dem Islam allgemein oder den Millionen unter uns lebenden Muslimen angelastet werden kann. Der Text betonte die Religionsfreiheit und das Recht jeder Glaubensgemeinschaft, sich friedlich zum Gebet zu versammeln.

Am 21.4.2015 informierte Herr Geiger den Bundesvorstand, dass das nötige Quorum an Unterschriften erreicht wurde. Ich schrieb daraufhin am 22.4.2015 eine Rundmail an alle Mitglieder, in der ich eindringlich für den Mitgliederentscheid warb. So schrieb ich:

Ich möchte Sie schon jetzt dringend bitten, dem Mitgliederentscheid zuzustimmen. Es gibt beunruhigende Entwicklungen in der Partei, die sich einerseits in verschiedenen Resolutionen, andererseits aber auch in dem m. E. völlig verantwortungslosen Sturz des hessischen Landesvorstands am vergangenen Wochenende ausdrücken. Diesen Geschehnissen liegen Versuche zugrunde, die politischen Inhalte der AfD und ihren Politikstil in eine Richtung zu verschieben, vor der ich nur warnen kann.

Der Text des Mitgliederentscheids gibt darauf die richtige Antwort. Er bekräftigt Positionen, die wir in früheren Programmen beschlossen haben, er spricht sich für einen sachlichen und konstruktiven Politikstil aus und er zieht eine klare Grenze zu politischen Strömungen wie der sog. Neuen Rechten und der identitären Bewegung. Dies ist nötig, denn es ist verstärkt festzustellen, dass Vertreter dieser Richtungen Einfluss auf Teile der AfD gewinnen wollen. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich den Richtungs-Mitgliederentscheid.

In der Folge entspann sich ein heftiger Streit um den Mitgliederentscheid. Der rechte Parteiflügel, unterstützt von meinen Sprecherkollegen Adam und Petry, verunglimpfte den Mitgliederentscheid als rechtlich unzulässig, obwohl ein gegenteiliges Rechtsgutachten eingeholt worden und den Mitgliedern zugänglich gemacht worden war. Frauke Petry beauftragte – und es ist unklar, wie sie dies finanzierte – ein Gegengutachten. Mehrfach blockierte sie die Durchführung des Entscheides, der schließlich nur nach langem Hin und Her in den Versand kam. Der niedersächsische Landesvorsitzende Hampel beantragte daraufhin die Einstellung des Entscheides vor dem Bundesschiedsgericht. Dort gab eine einzelne Richterin seinem Antrag per Eilentscheidung statt, ohne den Bundesvorstand oder die Initiatoren auch nur anzuhören. Damit war der Mitgliederentscheid gescheitert.

Zugehörige Dokumente:

[Geiger Mitgliederentscheid Quorum erreicht 21.4.2015.pdf](#)

[Geiger Mitgliederentscheid mein Rundschreiben 22.4.2015.pdf](#)

[Geiger Mitgliederentscheid von Petry sabotiert 27.4.2015.pdf](#)

[Geiger Mitgliederentscheid Petry strikt dagegen 7.5.2015.pdf](#)

[Geiger Entscheidung Bundesschiedsgericht 15.5.2015.pdf](#)

11.5.2015

Die Aktivitäten des neurechten Parteiflügels dauerten an und belasteten auch den Bremer Bürgerschaftswahlkampf, der den Wortführern des „Flügels“ zu lasch und zu liberal vorkam. Es lief alles auf eine Richtungsentscheidung der Partei auf dem nächsten Parteitag zu. Ich schrieb deshalb noch am Abend der Bremen-Wahl einen Mitgliederbrief, in der ich die Richtungsentscheidung klar konturierte und auf die Unvereinbarkeit des „Protestflügels“ der AfD mit ihrem bislang gültigen und von mir vertretenen Politikansatz hinwies. Hier ein längeres Zitat aus einer noch längeren Analyse in meinem Mitgliederrundschreiben:

„Dass in der AfD konservative, liberale, soziale und libertäre Ideen vertreten werden, ist gut, weil dies die Grundlage lebendiger Diskussionen ist. Aber es gibt auch besonders grundlegende Positionen, die Mitglieder als nicht verhandelbar ansehen. Jedes Mitglied hat rote Linien, die nicht überschritten werden können, ohne dass es die Partei verlässt.

Auch hier gibt es, vereinfacht gesprochen, zwei sehr unterschiedliche Gruppen von Mitgliedern. Die eine Gruppe kritisiert wichtige politische Fehlentwicklungen (z. B. Euro, Energiepolitik, Bildungspolitik, Einwanderungsgesetze, Demokratiedefizite), akzeptiert aber die wesentlichen gesellschaftlichen Grundentscheidungen der Bundesrepublik Deutschland. Die andere Gruppe stellt eben diese in Frage, sie äußert sich deshalb in den unterschiedlichsten Akzentsetzungen neutralistisch, deutschnational, antiislamisch, zuwanderungsfeindlich, teilweise auch antikapitalistisch, antiamerikanisch oder antietatistisch. Es fallen in diesem Zusammenhang auch unpräzise (aber bezeichnende) Kampfbegriffe wie Mainstream, Establishment, Systemfrage.

Die programmatische Beschlusslage der AfD ist eindeutig im Sinne der ersten Gruppe – und ich bin der festen Überzeugung, dass diese die große Mehrheit der Parteimitglieder ausmacht. Vielleicht ist aber eben dies der Grund dafür, dass die zweite Gruppe ihre Vorstellungen besonders vehement und laut vorträgt. [...] Die Grundvorstellungen dieser beiden Gruppen sind unvereinbar, auch wenn man in Einzelfragen Kompromisslösungen erreichen kann. Tatsächlich aber ist es ein Streit darüber, ob die Grundausrichtung der Partei hin zu dem radikalen, systemkritischen Ansatz verschoben werden soll. Ich halte das für fatal, aber wir haben den Streit und er muss entschieden werden. Dies umso mehr als sich damit auch entscheidet, welche Personen die Partei künftig vertreten sollen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns Mut zur Klarheit haben. Es nützt nichts, Konflikte zuzukleistern - man muss sie lösen. Der Konflikt über die Grundausrichtung der Partei muss entschieden werden und auch wenn diese Entscheidung zu Mitgliederverlusten auf der einen oder anderen Seite führen wird, halte ich dies für besser, als dass die Partei sich in einem ständig schwelenden und immer wieder aufflackernden Streit über Monate oder Jahre hin zerreibt. Dies ist weder unseren Mitgliedern, noch unseren Funktionsträgern noch unseren Wählern zuzumuten. Deshalb: Je eher wir diese Entscheidung treffen, desto besser.“

Wie schon bei meiner Reaktion auf die Erfurter Resolution habe ich wohl keinen Zweifel daran gelassen, dass eine politische Richtungsänderung mit mir nicht zu machen ist.

Zugehöriges Dokument:

[Zum Zustand der Partei Drei große Probleme.pdf](#)

12. 5. 2015

Der Thüringer Landessprecher Björn Höcke war in den Verdacht geraten, in einer rechtsextremistischen Zeitschrift unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ Artikel publiziert zu haben. Der Bundesvorstand forderte auf meinen Vorschlag hin Höcke zu einer eidesstattlichen Erklärung auf, dass er nicht unter dem besagten Pseudonym die inkriminierten Artikel verfasst habe. Höcke lehnte es ab, eine solche eidesstattliche Erklärung abzugeben. Ich forderte Höcke deshalb zum Austritt aus der AfD aus – eine Aufforderung, der er nicht nachkam. Wenig später erklärte Höcke in einem Interview, nicht jedes NPD-Mitglied sei als extremistisch zu betrachten. Dies nahm ich zum Anlass, dem Bundesvorstand die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Höcke vorzuschlagen. Der Bundesvorstand beschloss in seiner Sitzung vom 12.5.2015 mehrheitlich ein solches Parteiordnungsverfahren. Frauke Petry und Alexander Gauland stimmten allerdings dagegen und versicherten sich so der Unterstützung des rechten Parteiflügels.

Zugehörige Dokumente:

[Höcke Keine EV zu Landolf Ladig 29.4.2015.pdf](#)

[Höcke Antrag auf Amtsenthebung 11.6.2015.pdf](#)

[Höcke Amtsenthebung AfD will Thüringen-Landeschef Höcke loswerden ZEIT ONLINE 12.5.2015.pdf](#)

[Höcke soll seines Amtes enthoben werden - SPIEGEL ONLINE 12.5.2015.pdf](#)

18.5.2015

Seit Monaten traten immer mehr Mitglieder, die dem gemäßigten Teil der Partei zuzurechnen waren, aus der Partei aus. Dies war insofern nicht überraschend, als die Strömungen, die sich nationalkonservativ oder systemkritisch nannten, immer stärker und aktiver geworden waren. Zugleich war der Bundesvorstand sichtlich gelähmt und insbesondere Frauke Petry und Alexander Gauland protegierten offen den rechten Parteiflügel, teilweise unterstützt von dritten AfD-Bundessprecher Konrad Adam.

Angesichts des bevorstehenden AfD-Bundesparteitages, auf dem der Bundesvorstand neu gewählt werden musste, war es deshalb von existentieller Bedeutung, die einen Austritt erwägenden Mitglieder in der Partei zu halten, um nicht strukturell in eine hoffnungslose Minderheitenposition zu geraten. Zugleich musste die Parteibasis dafür sensibilisiert werden, dass ein erheblicher Teil der

Partei eine Rechtsverschiebung der AfD nicht mitvollziehen würde, sodass eine Spaltung der Partei oder ein Massenaustritt drohte, wenn man der Entwicklung nicht Einhalt gebot.

Ich gründete deshalb gemeinsam mit vielen gleichgesinnten Funktionsträgern den Verein Weckruf 2015 e.V. und rief die gemäßigten Mitglieder dazu auf, sich in diesem Verein zu koordinieren, statt ungeordnet die Partei zu verlassen. In gewisser Hinsicht war der Weckruf 2015 das Pendant zu dem im März durch Björn Höcke und André Poggenburg gegründeten parteiinternen Vereins „Der Flügel“. In einem Rundschreiben an alle AfD-Mitglieder (dessen Versand Frauke Petry und Konrad Adam vergeblich zu verhindern suchten), wies ich auf die Intention des Weckrufs hin, die austrittswilligen Mitglieder dazu zu bewegen, in der Partei zu bleiben. Im Gründungsaufruf des Weckrufs selbst hieß es u. a.:

Dieser Entwicklung wollen wir, heutige oder frühere Mitglieder im Bundesvorstand oder in Landesvorständen, nicht tatenlos zusehen. Denn auch wir verspüren dieselbe Bedrohung. Auch wir sehen für uns keine Zukunft in der AfD, wenn die Partei nicht entschieden denjenigen Einhalt gebietet, die pöbelnd Aufmerksamkeit auf sich ziehen wollen oder an den politischen Rändern unserer Gesellschaft hausieren gehen.

*Wir sind nicht bereit, diesen Gruppen als seriöse, bürgerliche Fassade zu dienen. Unser Engagement für eine gute Sache darf nicht für die Zwecke derer missbraucht werden, die aus der AfD eine radikale, sektiererische Partei von Wutbürgern machen möchten. Wir müssen uns gegen diese Versuche wehren, wenn wir eine glaubwürdige Alternative für eine politische Erneuerung sein wollen.
(...)*

Ein großer Teil dessen, was die Partei gefährdet, spielt sich in internen Zusammenkünften und Zirkeln ab, in denen die Machtübernahme vorbereitet wird. Die Basis der Partei wird so bewusst in Unkenntnis der Bedrohung gehalten, der die AfD ausgesetzt ist. Aber wir, die wir täglich in der AfD in verantwortlichen Positionen gearbeitet haben, wir kennen zumindest einen Teil dieser Umtriebe. Und wir wissen: Wenn wir jetzt nicht entschieden entgegensteuern, ist die Partei verloren.

Damit musste allen Mitgliedern klar sein, dass der Weckruf der Aufruf zu einer Richtungsentscheidung war, die auf dem bevorstehenden Bundesparteitag fallen sollte. Der Erfolg des Weckrufs war beträchtlich: innerhalb weniger Wochen schlossen sich mehr als 5000 AfD-Mitglieder dem Verein an. Frauke Petry jedoch, die der Weckruf in seinem Gründungsaufruf ausdrücklich eingeladen hatte, sich ebenfalls dem Weckruf anzuschließen, bekämpfte den Weckruf mit allen Mitteln und verbündete sich in diesem Kampf mit denen, vor denen der Weckruf warnte: Björn Höcke und seinen Anhängern.

Zugehöriges Dokument:

[Weckruf 18.5.2015.pdf](#)

4.7./5.7.2015

Der Bundesparteitag fand am 4. Und 5. Juli 2015 in Essen statt. Der Weckruf war ein Versuch, die moderaten Mitglieder zu organisieren, um bei den Bundesvorstandswahlen eine stabile Mehrheit für den gemäßigten liberal-konservativen Parteiflügel zu sichern. Dies wäre die gewünschte Richtungsentscheidung gewesen. Aber auch der „Flügel“ von Björn Höcke und die Anhänger Frauke Petrys, des nordrheinwestfälischen Landesvorsitzenden Marcus Pretzell und der über die „Zivile Koalition“ gut vernetzten Europaabgeordneten Beatrix von Storch mobilisierten ihre Anhänger. So wurde der Bundesparteitag zu einem Rekordmitgliederparteitag mit deutlich über 3000 Besuchern.

Letztlich unterlag der Weckruf 2015 deutlich. Frauke Petry wurde mit 60% der Stimmen zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt und der Bundesvorstand durchgehend mit Repräsentanten des nationalkonservativen Flügels besetzt. Die Mehrheiten in der Partei hatten sich gewandelt. In den Tagen nach dem Parteitag verließen zwischen 5000 und 6000 Mitglieder des moderaten Parteiflügels die AfD. Die AfD des Gründungsjahres 2013 war damit Geschichte.